

POLITIK

DEUTSCHLAND

URTEIL

Ex-Minister Funke erhält Bewährungsstrafe

Der frühere SPD-Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke ist wegen Untreue zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung und einer Geldbuße von 10.000 Euro verurteilt worden. Das Landgericht Oldenburg sprach ihn schuldig, weil er einem früheren Geschäftsführer des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOV) ohne Vorstandsbeschluss das Gehalt erhöht hatte. Funke war damals ehrenamtlicher Vorsteher des Verbandes. Von den Untreue-Vorwürfen wegen der Mitfinanzierung seiner Silberhochzeit durch den Verband im Jahr 2007 sprach ihn das Gericht frei. Der mitangeklagte Ex-Geschäftsführer des Wasserverbandes wurde zu einer Freiheitsstrafe von elf Monaten auf Bewährung und einer Geldbuße von 20.000 Euro verurteilt. Das Gericht habe keine Beweise dafür gefunden, dass Funke an einer Verabredung zur Übernahme der Kosten für seine Silberhochzeit-Feier beteiligt war, sagte der Vorsitzende Richter zur Urteilsbegründung. Ein Schaden sei dem OOV nicht entstanden.

BUNDESMELDEGESETZ

Ostdeutsche Städte fordern besseren Datenschutz

Die ostdeutschen Städte fordern einen besseren Datenschutz im Bundesmeldegesetz. Die Bürger sollten ausdrücklich einwilligen müssen, bevor ihre Daten zu Werbezwecken und für den Adresshandel weitergegeben werden, hieß es in einer Erklärung des deutschen Städtetages zum Abschluss des 4. Treffens der ostdeutschen Oberbürgermeister in Halle. „Die Städte begrüßen grundsätzlich ein neues Bundesmeldegesetz, um das Melderecht zu vereinheitlichen. Allerdings plädieren wir für eine Einwilligungsregelung“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus. Eine Ausnahme für Adresshändler zur Aktualisierung bestehender Daten lehnten die ostdeutschen Kommunen ab. „Die Städte betreiben keinen Handel mit Daten. Die kommunalen Meldebehörden sind gesetzlich verpflichtet, auf Anfrage Auskünfte aus dem Melderegister zu erteilen“, betonte Articus. Die Kommunen erheben den Angaben zufolge für die Auskünfte vom Aufwand abhängige Gebühren. Die ostdeutschen Oberbürgermeister appellieren an den Bund und die Länder, sich zügig auf ein Bundesmeldegesetz zu einigen. Es soll bundesweit einheitliche Regeln dafür schaffen, wie Meldeämter mit Daten von Bürgern umgehen.

MINISTERPRÄSIDENTEN

Bundesländer wollen Energiekonsens

Die Bundesländer wollen ihren Beitrag zu einem nationalen Energiekonsens leisten. Es gebe die Bereitschaft, eigene Ausbauziele bei erneuerbaren Zielen im Interesse einer nationalen Lösung zu modifizieren, sagte die Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Thüringens Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU), auf Schloss Ettersburg bei Weimar. Die Ministerpräsidenten hatten sich dort trotz unterschiedlicher Interessen und Positionen der Nord- und Südländer sowie SPD- und CDU-regierter Länder auf eine gemeinsame Erklärung zur Energiewende verständigt. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sagte, die Bundesländer erwarteten jetzt auch eine einheitliche Position der Bundesregierung. Bis spätestens Mitte 2013 müsse ein Konzept zur Energiewende her.

KRANKENKASSE

Kampagne für Organspende startet kommende Woche

Ungeachtet des jüngsten Skandals um die Transplantationsmedizin startet in der kommenden Woche eine Kampagne für mehr Spenderorgane. Die Versicherten bekommen einen Organspendeausweis und Informationen zugeschickt. Die Techniker Krankenkasse (TK) kündigte an, direkt zum Inkrafttreten der Organspendereform am 1. November mit dem Versand an ihre 6,9 Millionen Versicherten über 16 Jahre zu beginnen. Andere Kassen warten noch ab. Bis Ende Oktober kommenden Jahres haben die Kassen nun für entsprechende Briefe Zeit. Das Ziel sei es zunächst, die Versicherten zu informieren, sagte TK-Chef Jens Baas. Die Versicherten könnten die Ausweise in Scheckkartenformat auch unausgefüllt lassen oder einer Organentnahme nach dem Tod widersprechen. Baas: „Wir wollen niemanden dazu drängen.“

David McAllister ist mit 41 Jahren der jüngste Ministerpräsident Deutschlands. 2010 folgte der CDU-Politiker in diesem Amt Christian Wulff nach und führt dessen schwarz-gelbe Koalition in Hannover weiter. Im Januar wird der Wähler entscheiden, ob und mit welcher Koalition er weiter regieren kann. Robin Alexander sprach mit ihm über Windmacher und Windräder.

DIE WELT: Vor sechs Jahren war einmal über Sie zu lesen: Drei Menschen seien Ihnen so vertraut, dass Sie täglich mit ihnen telefonieren. Einer davon hieß Philipp Rösler. Wann haben Sie zuletzt mit dem glücklosen FDP-Parteivorsitzenden gesprochen?

DAVID MCALLISTER: Wir telefonieren gelegentlich miteinander und treffen uns in Hannover oder Berlin. Allerdings haben wir nicht mehr so einen engen Kontakt wie damals, als wir beide Fraktionsvorsitzende im Landtag waren.

Warum scheitert Angela Merkel an dem, was Sie einst in Niedersachsen schafften: gut mit Rösler und seiner FDP zusammenarbeiten?

Angela Merkel arbeitet jeden Tag mit CDU, CSU und FDP gut zusammen. Die Bundespolitik ist mit derjenigen auf Landesebene auch nicht zu vergleichen. Prinzipiell gilt: Eine Koalition ist immer dann stark, wenn man sich gegenseitig unterstützt und einander auf Augenhöhe begegnet. Wir in Niedersachsen arbeiten mit der FDP schon seit neun Jahren vertrauensvoll und freundschaftlich zusammen. Die Abläufe bei uns sind andere als in Berlin – so tagt bei uns der Koalitionsausschuss jede Woche. Wir haben gemeinsame Arbeitskreistagungen der Fraktionen bis hin zu gemeinsamen Fraktionsklausurtagungen. Koalitionen werden durch Parteien gebildet, durch Fraktionen im politischen Alltag umgesetzt und von den handelnden Akteuren gelebt.

Haben Sie aus Berlin gerade Rückenwind, Wind von vorn, oder herrscht Flaute?

Als CDU haben wir Rückenwind aus Berlin. Die Bundeskanzlerin ist die beliebteste und angesehenste Persönlichkeit der deutschen Politik. Angela Merkel und ich arbeiten sehr gut zusammen. Sie wird sich stark in unseren Wahlkampf einbringen.

Wie läuft der Wahlkampf für Schwarz-Gelb, wenn die Partner sich in Berlin offen bekämpfen?

Der Erfolg der Bundesregierung liegt nicht nur im nationalen und im niedersächsischen Interesse, sondern auch im Interesse von mir als Christdemokrat, der weiter mit der FDP regieren möchte.

Hat Rösler nicht einen Punkt: Das Betreuungsgeld braucht Deutschland doch in der aktuellen Lage nicht so dringend, oder?

Das Betreuungsgeld hat die Berliner Koalition vereinbart. Die Details müssen so schnell wie möglich entschieden werden.

Alle Beteiligten haben lange genug darüber diskutiert. Es wird Zeit.

Was spricht gegen Röslers Vorschlag, die Praxisgebühr abzuschaffen? Die Leute gehen trotzdem zum Arzt, und die Kassen schwimmen im Geld.

Das wird wohl auf dem bevorstehenden Koalitionsgipfel entschieden. Wir sollten vorher nicht öffentlich darüber reden. An der Küste heißt es zu Recht: Snacken is good – wat doon is beter!

Eine Haltung, die im Wahlkampf

MANUEL BEWARDER

Es war das wohl bestgehütete Geheimnis der Piratenpartei. Mitglieder sprachen im Vorfeld von einer bevorstehenden Explosion. Die ohnehin niedergehenden Umfragewerte könnten anschließend gut bei 0,7 Prozent oder so landen. Denn anschließend würde von der Partei für Außenstehende wohl nichts mehr als ein Chaoshaufen zurückbleiben. Am Freitag knallte es schließlich. Die beiden Bundesvorstände Julia Schramm und Matthias Schrade kündigten ihren Rücktritt an. Allein das wäre bereits eine große Nachricht gewesen. Doch das ganze Ausmaß der Erschütterung wird erst klar, wenn man hinter die Kulissen der Piratenpartei schaut. Wenn man weiß, welcher Machtpoker dort zuletzt geführt wurde. Dafür fehlt vor allem eine Figur, die am Freitag nicht von Rücktritt sprach: Johannes Ponader, der umstrittene politische Geschäftsführer.

Zunächst aber zu Julia Schramm: Die Piraten rieben sich aufgrund ihrer direkten und wechselhaften Art immer an ihr. Eine neue Eskalationsstufe erreichte die Auseinandersetzung mit ihr jedoch, als ihr Buch „Klick Mich“ erschien. Der Vertrieb des Buches war zwar kein Geheim-



Niedersachsens Ministerpräsident betont, dass der Umgang in seiner schwarz-gelben Koalition ein anderer ist als in der Berliner

„Snacken is good – wat doon is beter“

David McAllister erwartet überzeugende Ergebnisse beim Koalitionsgipfel – und setzt beim Ausbau des Stromnetzes auf den Staat

Alle Beteiligten haben lange genug darüber diskutiert. Es wird Zeit.

Was spricht gegen Röslers Vorschlag, die Praxisgebühr abzuschaffen? Die Leute gehen trotzdem zum Arzt, und die Kassen schwimmen im Geld.

Das wird wohl auf dem bevorstehenden Koalitionsgipfel entschieden. Wir sollten vorher nicht öffentlich darüber reden. An der Küste heißt es zu Recht: Snacken is good – wat doon is beter!

Eine Haltung, die im Wahlkampf

schwer durchzuhalten sein dürfte. Nicht nur wegen unseres Wahlkampfes wünsche ich mir, dass die Koalition in wesentlichen Fragen jetzt überzeugende Ergebnisse präsentiert.

Auch die andere Niedersächslerin in der Bundesregierung erlebt harte Zeiten. Ursula von der Leyens Vorstoß für eine Zuschussrente ist gescheitert. Warum sind Sie ihr als Landesvorsitzender nicht beigeprungen? Rentenpolitik ist ein sehr komplexes Feld. Die Meinungsbildung in der Union

ist in vollem Gange. Es ist Ursula von der Leyens Verdienst, die notwendige Diskussion über dieses wichtige Thema angeschoben zu haben.

Ist es für Ihren Wahlkampf gefährlich, dass Griechenland nun doch um jeden Preis im Euro gehalten wird?

Es gibt wichtige Gründe, dass Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Es kann allerdings erst eine Entscheidung geben, wenn der Bericht der sogenannten Troika vorliegt.

In Bayern wird erst in einem Jahr gewählt. Trotzdem drischt die CSU bei Bedarf auf die Griechen ein. Haben Sie in Niedersachsen weniger Euro-Skeptiker oder mehr staatspolitische Verantwortung?

Es geht in Niedersachsen vorrangig um landespolitische Themen: um stabile Finanzen und wirtschaftliches Wachstum, um eine pragmatische Bildungspolitik und die gleichberechtigte Entwicklung von Städten und ländlichem Raum. Darüber hinaus werden die Energiewende und die Zukunft des Euro eine Rolle spielen. Bei beiden Themen spüre ich bei den Menschen den Wunsch nach einer besonders abgewogenen und besonnenen Politik.

ZUR PERSON

David James McAllister, Sohn einer Deutschen und eines Schotten, wuchs in der britischen Siedlung in Berlin auf. Seit dem 1. Juli 2010 ist der 41-jährige Ministerpräsident von Niedersachsen, im Januar wird erneut gewählt

Können Sie mit der Energiewende Wahlen gewinnen?

Ja, denn gerade bei uns im Norden ist die Energiewende auch eine große Chance. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien: 2050 sollen sie 80 Prozent unserer Stromversorgung sichern. Deshalb glaube ich fest an den Durchbruch der Offshore-Windenergie in den nächsten Jahren. Energiepolitische Ziele müssen sich an Effizienzkriterien messen lassen. Windparks sind im Norden ertragreicher als in anderen Teilen Deutschlands.

Der Süden baut aber lieber auf dem kleinsten Hügel noch ein eigenes Windrad, als Ihren Strom zu kaufen.

Windräder sind auf dem flachen Land im Norden und in der Nordsee besser geeignet als anderswo. Bei uns weht der Wind! Bisher sind die Pläne der Bundesländer zur Energiewende weder untereinander noch mit den Vorstellungen der Bundesregierung kompatibel. Darüber muss geredet werden. Das tun wir am 2. November beim Energiegipfel mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten. Die Energiewende wird nur dann ein Erfolg, wenn wir alle an einem Strang ziehen – und zwar in die gleiche Richtung.

Aber der Ausbau der Offshore-Energie steckt doch!

Die Offshore-Branche ist momentan in einer nicht einfachen Situation. Wenn nicht kurzfristig Aufträge eingehen, ist sie ab Mitte 2013 nur noch teilweise ausgelastet. Die Unternehmen müssen also eine Durststrecke bis 2014 durchstehen. Zu den Ursachen hierfür gehört leider auch, dass die großen Energieversorger nicht investieren wollen. Außerdem gibt es ein Problem mit den Netzanschlüssen. Die Firma Tennet ist offenkundig mit der Aufgabe überfordert. Tennet muss jetzt zeigen, ob es seine Finanzierungsprobleme durch private Investoren lösen kann oder ob sich der Staat mittelbar oder unmittelbar beteiligen muss.

Das wäre doch ordnungspolitisch absurd: Erst verkauft der Staat seine Netze und muss sich dann bei den Privaten einkaufen, damit die ihre Aufgaben erledigen?

Wir hatten noch kein staatliches Netz. Nach der Liberalisierung des europäischen Stromnetzes haben die Energieversorgungsunternehmen wie E.on und RWE ihre Netze verkauft. Die Umweltminister der norddeutschen Länder haben sich dafür ausgesprochen, eine norddeutsche Stromnetzgesellschaft unter der Beteiligung des Staates zu gründen. Eines ist aber entscheidend: Die Unterkapitalisierung von Tennet muss aufgelöst werden. Ob nun private oder staatliche Investoren – Hauptsache ist, das Problem wird schnell gelöst!

Die Oberpiratin verlässt den Bundesvorstand

Julia Schramm erklärt ihren Rücktritt. Auch das Vorstandsmitglied Matthias Schrade will aufhören

■ Die Rücktritte bilden den nächsten Höhepunkt im Dauerstreit der Piraten

MANUEL BEWARDER

Es war das wohl bestgehütete Geheimnis der Piratenpartei. Mitglieder sprachen im Vorfeld von einer bevorstehenden Explosion. Die ohnehin niedergehenden Umfragewerte könnten anschließend gut bei 0,7 Prozent oder so landen. Denn anschließend würde von der Partei für Außenstehende wohl nichts mehr als ein Chaoshaufen zurückbleiben. Am Freitag knallte es schließlich. Die beiden Bundesvorstände Julia Schramm und Matthias Schrade kündigten ihren Rücktritt an. Allein das wäre bereits eine große Nachricht gewesen. Doch das ganze Ausmaß der Erschütterung wird erst klar, wenn man hinter die Kulissen der Piratenpartei schaut. Wenn man weiß, welcher Machtpoker dort zuletzt geführt wurde. Dafür fehlt vor allem eine Figur, die am Freitag nicht von Rücktritt sprach: Johannes Ponader, der umstrittene politische Geschäftsführer.

Zunächst aber zu Julia Schramm: Die Piraten rieben sich aufgrund ihrer direkten und wechselhaften Art immer an ihr. Eine neue Eskalationsstufe erreichte die Auseinandersetzung mit ihr jedoch, als ihr Buch „Klick Mich“ erschien. Der Vertrieb des Buches war zwar kein Geheim-

nis – und trotzdem empörten sich viele Piraten, weil Schramm mit ihrem Verlag gegen Raubkopien vorging und damit Idealen der Piratenpolitik widersprach. Hinzu kam mit der Zeit, dass sie den Glauben verlor, dass die Piraten eine bessere Politik als andere machen könnten: „Dass ... jeden Tag mehr die Anpassung meines Denkens und Handelns an eine alte Politikervorstellung notwendig zu werden scheint, die ich ablehne und nicht bereit bin zu vollziehen, ist ein Umstand, dem ich mich nicht länger aussetzen möchte“, schreibt Schramm in einem Blogbeitrag.

Die „Welt“ erfuhre bereits am Dienstag von mehreren Personen aus Schramms Umfeld vom geplanten Rücktritt an diesem Wochenende. Schramm jedoch antwortete nicht auf Anfragen. Dafür hatte sie gute Gründe. Eigentlich wollte sie sogar schon eine Woche zuvor zurücktreten. Doch im Bundesvorstand überlegte man sich, ob man nicht gleich die festgefahrene Situation des Gremiums lösen könnte. Seit Wochen überlagern Querelen rund um das Gremium die programmatische Arbeit der Piraten. Gleichzeitig dazu rutschen die Piraten in den Umfragen ab und landen mittlerweile regelmäßig unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. An diesem Punkt kommt Johannes Ponader ins Spiel.

Er steht im Mittelpunkt der derzeitigen Gefechte. Der Geschäftsführer hatte in einem großen Artikel verkündet, dass er kein Hartz IV mehr beziehen wolle und tolerierte eine Spendensammlung

zu seinen Gunsten. Piraten monierten, Ponader genieße eine privilegierte Position. Es gab Rücktrittsforderungen. Nahezu isoliert war Ponader im Gremium, nachdem er in eine Talkshow ging, obwohl der Vorstand zuvor mehrheitlich beschlossen hatte, er solle seine Person in der Öffentlichkeit zurücknehmen. Der stellvertretende Vorsitzende Sebastian Nerz legte ihm indirekt den Rücktritt nahe: er oder ich. Parteichef Bernd Schlömer sagte, Ponader solle mal lieber arbeiten gehen. Dass hier nichts mehr zusammengehen würde, war klar. Es war eine persönliche Sache. Rücktritte oder Neuwahlen, mehr blieb nicht. Der Ab-

schied von Schramm sollte für die Strategen in der Partei der Anlass sein, einen Neuanfang des Vorstandes zu versuchen. In der vergangenen Woche starteten die Verhandlungen. Klar war, dass die unterschiedlichen Flügel, ganz grob Linke und Liberale, gleichermaßen Plätze räumen müssten. Matthias Schrade, ein eher konservativer Pirat, der schon längst eine offene Feindschaft zu Ponader auslebte, war bereit dazu – falls im Gegenzug der Geschäftsführer seinen Posten räumen würde. Am Donnerstagabend sah alles nach dieser Lösung aus. Auch wenn viele eine solche Einigung dementieren. Nach Informationen der

„Welt“ gab es sie. Bis zum kommenden Morgen.

Ponader hatte sich offensichtlich unentschieden. Das erschreckte selbst Piraten aus seinem Umfeld. Von Rücktritt keine Rede. Schrade war nun bereit, die Bombe platzen zu lassen. Er verkündete seinen Rücktritt: „Ich halte es inzwischen schlicht nicht mehr aus“, schreibt er in seinem Blog. „Die Situation im Bundesvorstand ist durch Johannes' Alleingänge zuletzt immer schwieriger geworden und behindert seit längerem die Arbeit des BuVos als Team.“ Er stellt Ponader vor eine Entscheidung: Er gehe, sofern sich „nicht kurzfristig eine grundsätzliche Änderung der Lage ergibt oder eine turnusmäßige Neuwahl beschlossen wird“. Eine Neuwahl im kommenden Frühjahr haben zuletzt am Mittwoch bei der Bundesvorstandssitzung viele Mitglieder ausgeschlossen. Es ist also klar: Schrade will Ponader mit herunterreißen. Und sehr viele Piraten, auch aus dem Vorstand, feuern ihn dabei an. Im Hintergrund wird versucht, dass er einlenkt. Das ist der Stand Freitagabend. Die Selbstzerfleischung geht weiter.

Julia Schramm verlässt den Vorstand

HITLER ALS PFLICHTLEKTÜRE?

Nach Ansicht eines Piraten-Mitglieds soll Adolf Hitlers „Mein Kampf“ Pflichtlektüre an Niedersachsens Schulen werden. Die Forderung ist einer von rund 300 Anträgen für das Wahlprogramm der niedersächsischen Piraten. Am Wochenende soll es auf einem Parteitag in Celle debattiert und entschieden werden. Der Politiker argumentiert, eine Tabuisierung des Hitler-Buches für die geschichtliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei bedenklich. Piraten-Sprecher Andreas Neugebauer beurteilte die Chancen des Antrags auf Annahme jedoch als gering: „Es ist reine

Provokation, was er da macht.“ Das Mitglied habe aber das Recht, Anträge zu stellen. Der Mann hatte vor kurzem seine Direktkandidatur für die Landtagswahl 2013 zurückgezogen. Mit der Unterzeichnung einer Petition zugunsten des wegen Volksverhetzung verurteilten Ex-NPD-Mitglieds Horst Mahler hatte er Debatten über eine mögliche Nähe der Piraten zu rechtem Gedankengut ausgelöst.

